



Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: R. Schmid, Wildbad; Verlags- und Anzeigeramt: R. Schmid, Wildbad. — Postfachamt 20174 Stuttgart. — Bankkonto: Enzthalbank Sberia & Co. Wildbad; Postkassen-Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Volksheimamt 20174 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigentell die einseitige 10 mm breite Zeile 10 Pf. für 10 Tage, Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 5 Pf.; im Textteil die 10 mm breite Zeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr nachmittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Beurteilung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck: Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 14, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Margiftische Sabotage in der Völkerbundsstadt

Eingreifen des Schweizer Bundesrates

Das haben sich vor zwei Jahren die Wähler des Kantons Gené gewiß nicht träumen lassen, als sie aus einer augenblicklichen kleinlichen örtlichen Verärgerung heraus den Sozialisten ihre Stimmen gaben, daß binnen kürzester Zeit der Kantonsrat des Völkerbundes eine margiftisch-kommunistische Hezentrale überfester Art werden würde. Der Kantonspräsident Nicole hat seinen durch die blutige Revolte des Jahres 1932 bereits übel besetzten Namen inzwischen der ganzen zivilisierten Welt bekannt gemacht. Durch seine Regierungspraxis hat er nämlich bewiesen, daß er kaum noch als Sozialist anzusprechen ist, sondern als ein Jünger Moskaus vom reinsten Wasser. Die Finanzen des Kantons waren bereits nach wenigen Monaten derart zerrüttet, daß er finanzielle Bundeshilfe in Anspruch nehmen mußte. Sie wurde ihm auch gewährt, freilich unter Bedingungen, die den Kanton Gené finanziell unter die Vormundschaft des Bundes stellten.

Nach diesen „Erfolgen“ wandte sich Nicole der Außenpolitik zu. Nun gehört zwar die Führung der Schweizer Außenpolitik zu den Obliegenheiten des Bundesrats, Herr Nicole ist jedoch der Meinung, daß die Herren in Bern nur die Politik einer verrotteten kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft betreiben, der gegenüber er die reine Lehre des Sozialismus verkünden müsse. Während es zu den ungeschriebenen Gesetzen internationaler Höflichkeit gehört, sich nicht in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates zu mischen, tut dies Nicole bei allen passenden und natürlich noch viel mehr unpassenden Gelegenheiten durch wilde Reden und Aufrufe. So griff er z. B. den Bundesrat auf das Maßlose an, als dieser sich gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund ausgesprochen hatte. Das Aitentat von Marseille gab ihm Anlaß zu wütenden Ausfällen gegen die Idee der Monarchie einerseits und gegen die Politik Frankreichs andererseits, wobei er sich nicht scheute, den König Alexander und den Außenminister Barthou auf das Uebelste zu verunglimpfen. Den Höhepunkt seiner verantwortungslosen Hezerei erklimmte er aber gelegentlich eines Vortrags, den der berühmte saarländische Separatistenführer Max Braun in Gené hielt. Der Herr Kantonspräsident Nicole trat hierbei nicht nur als Dolmetscher auf, sondern, wie er in seinem eigenen Blatt berichten ließ, er gab eine „ausdrucksvolle Zusammenfassung“ der Hauptargumente des Redners. Man kann sich un schwer vorstellen, was Nicole in dieser „Zusammenfassung“ gesagt hat. Es war eine von Beleidigungen geradezu strotzende Heze gegen Deutschland, die natürlich den tobenden Beifall der Genéer Genossen fand. Allerdings nicht den des Schweizer Bundesrats.

Um die Gefahr eines Konfliktes mit dem Deutschen Reich zu bannen, übersandte der Bundesrat Herrn Nicole ein offiziell an den Präsidenten des Kantons Gené gerichtetes Schreiben, in dem seine Aufmerksamkeit auf den unangenehmen Eindruck seines Verhaltens in der Braun-Berammlung gelenkt wurde, zugleich mit dem Hinweis, daß ein derartiges Hineinfunkeln in die Probleme der auswärtigen Politik die Führung der Außenpolitik, die ausschließlich Bundesache sei, aufs Schwerste gefährden müsse. In überaus taktvoller Weise erklärte der Bundesrat des weiteren, daß er dieses Schreiben nicht der Öffentlichkeit mitteilen werde. Und was tat nun Herr Nicole? In seiner Antwort an den Bundesrat erklärte er, daß es sich bei seiner Rede in der Braun-Berammlung nur um einige „persönliche Erläuterungen“ gehandelt habe, die zu geben er sich aus allgemein politischen Gründen aber auch aus Gründen seiner Stellung innerhalb seiner Partei berechtigt gefühlt habe.

Und nun kommt das Schönste: Nicole veröffentlichte seine Antwort in der ihm ergebenden Presse, bevor sie überhaupt in Bern eingetroffen war. In einem zweiten Schreiben hat der Bundesrat kühl und nüchtern sich auf den Standpunkt gestellt, daß er als Spruchrichter des Bundes sich an einen Kantonspräsidenten gewandt, dieser aber als Parteimann und Polemiker geantwortet habe. Der Bundesrat stellt fest, daß Nicole die Interessen des Staates hinter die seiner Partei stelle. Ein kantonaler Regierungspräsident, der sich in offenen Gegensatz zu den vom Bundesrat festgesetzten Normen stelle, handele den Pflichten zuwider, die aus dem Sinn der Bundesversammlung abzuleiten seien. Im übrigen bricht der Bundesrat den Schriftwechsel ab, weil die Beweisführungen aneinander vorbeigehen, obwohl es sich hier, wie er mit seiner Ironie bemerkt, um Dinge handele, die „mit Weisheit und Takt zu behandeln seien.“

Weisheit und Takt sind allerdings Eigenschaften, die man bei Nicole vergeblich suchen muß. In der ganzen nichtsozialistischen öffentlichen Meinung der Schweiz herrscht eine begriffliche Erregung über den wildgewordenen Saboteur in Gené, der das Ansehen der Schweiz aufs Uebelste gefährdet. Es scheint allerdings, als ob die Nicolische Herrlichkeit nicht mehr allzu lange dauern wird. Von bürgerlicher Seite ist im Kanton Gené eine Finanz-Initiative eingeleitet worden, die wahrscheinlich eine Mehrheit finden wird, da in-

Tagesspiegel.

Die gefährlichen französischen Saarpäne werden durch englische Blätter bestätigt und ergänzt, auch für den Fall, daß die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt.

Die niederländische Regierung hat den Vertrag über den deutsch-niederländischen Verrechnungsverkehr genehmigt, der mit dem 16. November außer Kraft tritt.

Dr. Ekener hat mit der amerikanischen Postverwaltung ein Uebereinkommen getroffen, daß der neue Zeppelin im nächsten Jahr den Luftpostdienst über den Nordatlantik versieht.

In Paris scheint es zu einer innerpolitischen Krise zu kommen über die Staatsreformpläne Doumergues.

Als Anführer des seltsamen Hungerstreiks der Bergarbeiter unter Tage im Fünftürchener Kohlenrevier wurden kommunistische Agenten aus Moskau festgesetzt.

Zwischen vielen Wensern die Augen ausgegangen sind. Im Fall der Annahme wäre dann die gesetzliche Handhabe geschaffen, mit deren Hilfe Nicole zum Rücktritt gezwungen werden kann. Leider steht zu befürchten, daß Nicole die ihm bis dahin zur Verfügung stehende Zeit zu neuen margiftischen Sabotageakten benutzen wird. Von den verschiedenen Problemen, von denen gegenwärtig die Schweiz bedrängt wird, ist die Genéer Margiftenherrschaft mit das Uebelste und Unangenehmste. R. A.

Das deutsch-englische Zahlungsabkommen

Berlin, 2. Nov. Die seit Mitte September mit einer etwa zehntägigen Unterbrechung in Berlin geführten deutsch-englischen Verhandlungen über Fragen des Zahlungsverkehrs haben mit der Unterzeichnung eines Zahlungsabkommens ihren Abschluß gefunden. Das Abkommen wurde auf deutscher Seite von Reichsaußenminister Freiherr von Neurath und dem stellv. Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, auf englischer Seite von dem Kgl. britischen Vorkäufer Sir Eric Phipps und von dem Führer der englischen Delegation, Sir Keith Knox, gezeichnet. Das Abkommen tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die erforderlichen Uebergangsbestimmungen werden in den nächsten Tagen erlassen werden.

Das Abkommen regelt drei grundlegende Fragen: Die Bezahlung des laufenden Warenverkehrs zwischen Deutschland und Großbritannien, die Auflösung der rückständigen deutschen Verpflichtungen aus dem Warenverkehr, einschließlich der Liquidierung des Sonderkontos der Bank von England auf Grund des deutsch-englischen Abkommens vom 10. August 1934, sowie die Behandlung der lang- und mittelfristigen Finanzverpflichtungen.

Was die Frage der Zahlungen des laufenden Warenverkehrs betrifft, so wird in diesem Abkommen der Grundgedanke des „Neuen Plans“, die ausländische Einfuhr in Einklang mit den für ihre Bezahlung verfügbaren Devisen zu bringen, hier zum erstenmal vertraglich festgelegt. Es ist in dem Abkommen Vorsorge getroffen, daß zwischen der englischen Einfuhr nach Deutschland und den für ihre Bezahlung erforderlichen ausländischen Zahlungsmitteln ein festes Verhältnis hergestellt wird, durch das die Entstehung neuer Rückstände im Warenverkehr vermieden wird. Damit ist dem Gesichtspunkt, daß Deutschland nur so viel einführen will, als es tatsächlich bezahlen kann, Rechnung getragen.

Nach den unbefriedigenden Erfahrungen, die in den letzten Monaten mit den seit Juli abgeschlossenen Verrechnungsabkommen mit einer Reihe von Ländern gemacht worden sind, ist jedoch in der deutsch-englischen Vereinbarung das System der Verrechnungsverträge verlassen worden, um die zu erwartenden ungünstigen Rückwirkungen dieses Systems auf den deutsch-englischen Handel zu vermeiden.

Das Abkommen geht davon aus, daß bei dem starken deutschen Aktivüberschuß im Handelsverkehr mit England auch ohne den Mechanismus eines Verrechnungsabkommens mit seinen handelshemmenden Wirkungen der Reichsbank genügende Devisenbeträge für die Bezahlung der laufenden englischen Einfuhr zufließen werden. Demgemäß haben beide Regierungen sich dahin verständigt, daß als Grundlage für die Bereitstellung von Devisen durch die Reichsbank die beiderseitigen Handelsstatistiken gewählt werden sollen. Dabei ist man davon ausgegangen, daß der Umfang der englischen Einfuhr nach Deutschland zu dem der deutschen Ausfuhr nach England im Verhältnis von 55:100 der Struktur der beiderseitigen Handelsbeziehungen entspricht. Für den Fall, daß sich diese neue Methode nicht bewähren sollte, ist ihre Ueberprüfung durch die beiden Regierungen vorgesehen. Um jedoch bei einem unbefriedigenden Funktionieren des neuen Systems nochmalige langwierige Verhandlungen zu vermeiden, ist das während der Ver-

handlungen ursprünglich erörterte Verrechnungsverfahren vorläufig in die Form eines Verrechnungsvertrages gebracht worden, der gleichzeitig garantiert worden ist und gegebenenfalls bei Wegfall der vereinbarten Regelung an deren Stelle treten könnte. Die Reichsregierung hat sich in Uebereinstimmung mit der kgl. britischen Regierung zu dieser Lösung in der Uebereinstimmung entschlossen, daß gerade bei der Bedeutung des deutsch-englischen Handelsverkehrs der Versuch gemacht werden müßte, nach dem Verlangen der bisher geschlossenen Clearingsverträge neue Wege zu suchen, die dem Handel größere Freiheit und stärkere Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisten als der starre Mechanismus dieses Clearingsystems, der zwangsläufig zu einer Schrumpfung des Handelsverkehrs, wenn nicht gar zu einer Umkehrung der bisherigen Bilanzverhältnisse führt.

Die Anhäufung erheblicher rückständiger deutscher Verpflichtungen aus dem Warenverkehr hat sich schon seit geraumer Zeit als eine schwere Belastung der gesamten Handelspolitik des Reiches erwiesen. Um die deutsch-englischen Handelsbeziehungen von dieser Belastung zu befreien, wird die Liquidierung dieser rückständigen Schulden in einem Zeitraum von zwölf Monaten vorgezogen. Wenn sich die Reichsregierung trotz der ersten Devisenlage der Reichsbank entschlossen hat, für diesen Liquidierungsprozeß sofort einen Betrag von 400 000 Pfund Sterling freizumachen, so beweist dies zur Genüge, daß auf deutscher Seite die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um für die Handelsbeziehungen mit England möglichst rasch wieder normale Beziehungen herzustellen. Darüber hinaus sollen von den aus der deutschen Ausfuhr nach England der Reichsbank zufließenden Devisen monatlich 10 Prozent für die Zwecke dieser Liquidierung zur Verfügung gestellt werden.

Der dritte in dem Abkommen geregelte Fragenkomplex betrifft den Dienst der Dames- und Younganleihe über den 31. Dezember 1934 hinaus sowie die Behandlung der Nichtreichsanleihen britischer Jahaber. Die hier getroffene Regelung ist eine Fortsetzung der in dem deutsch-englischen Transierabkommen vom 4. Juli 1934 enthaltenen Vereinbarung mit dem Unterschied, daß der Inhaber von Nichtreichsanleihen 4prozentige Forderungsbonds mit der Maßgabe angeboten werden sollen, daß die Geltendmachung des Diskriminierungseinwands bei Annahme dieser Bonds ausgeschlossen werden soll.

Inwieweit die von den beiden Regierungen in das neue Abkommen gesetzten Erwartungen sich verwirklichen werden, wird die Zukunft lehren müssen. Jedenfalls wird man auch deutscherseits der von dem Präsidenten des Board of Trade im Unterhaus vertretenen Auffassung zustimmen können, daß das Abkommen nicht automatisch alle Schwierigkeiten des deutsch-englischen Handels aus dem Weg räumen kann.

Der deutsche Handel muß daher auch im Verkehr mit England sich der Schwierigkeiten bewußt bleiben, unter denen unsere gesamten Handelsbeziehungen zur Zeit leiden und auch hier die gebotene Vorsicht in seinen Dispositionen walten lassen.

Das Zahlungsabkommen

Die wichtigsten Punkte

Artikel 1: Vorbehaltlich einer später ausgezeigten Bestimmung dieses Artikels wird die deutsche Regierung uneingeschränkt Devisenbewilligungen für die Einfuhr von Waren des Vereinigten Königreichs aller Art nach Deutschland erteilen. Es handelt sich besonders um Kohle und Koks zum Verbrauch im deutschen Zollgebiet, Bunterkohle für deutsche und ausländische Schiffe und Kohle für Freihafengebiete, um Feringe, Garne, Gewebe und Textilien. Die Reichsbank wird von den aus der deutschen Ausfuhr nach England eingehenden Devisen monatlich für die Bezahlung der englischen Ausfuhr nach Deutschland einen Betrag abzugeben, der 55 Prozent des Durchschnittswertes der deutschen Statistik für den vorletzten Monat der deutschen Ausfuhr nach England entspricht. Von diesem Durchschnittswert werden abgezogen a) der Sterling-Gegenwert, der von der Bank von England im laufenden Monat verkauften Sondermark, b) jede einzelne Schuld (oder Teile davon) aus der Ausfuhr deutscher Waren nach England, die als uneinbringlich festgestellt worden ist, c) der Wert solcher deutscher Waren, für welche die Reichsbank nachgewiesen hat, daß sie im Sinne eines unmittelbaren deutsch-englischen Warenaustausches jede Devisenaufkommen nach England eingeführt sind. Der Wert deutscher Waren, die mit Reichsmark auf „Ausländerkonten für Inlandzahlungen“ gezahlt worden sind, wird von dem Durchschnittswert nur insoweit abgezogen, als die beiden Regierungen sich jeweils über eine Höchstsumme geeinigt haben. Die deutsche Regierung kann das Ausmaß der Verfügungsberechtigung über die erwähnten Sonderkonten zur Verfügungsberechtigung über die erwähnten Sonderkonten zur Bezahlung deutscher Ausfuhr nach England beschränken.

Falls eine der vertragschließenden Regierungen der Ansicht ist, daß die vorstehend vorgezeichnete Verrechnungsart sich als unbefriedigend erwiesen hat, werden die Regierungsvertreter prüfen, ob eine Uenderung wünschenswert ist.

Die für die Bezahlung der englischen Ausfuhr nach Deutschland von der Reichsbank abgezweigten Devisenbeträge werden vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 des Abkommens täglich an Personen in Deutschland abgegeben, die eine Devisenbeteiligung gemäß den deutschen Devisenbestimmungen besitzen.



und durch Vorlage eines Zeugnisses einer britischen Handelskammer sowie aller sonstigen in Deutschland vorgezeichneten Urkunden nachweisen können, daß es sich um die Einfuhr englischer Waren handelt. Auf dem Zeugnis der britischen Handelskammer vermerkt die Reichsbank den zugestellten Devisenbetrag. Die so gesammelten Zeugnisse übermittelt sie in zu vereinbarenden zeitlichen Abständen der englischen Botschaft in Berlin. Die abgezweigten Devisenbeträge werden für die Bezahlung englischer Waren, vor dem 15. November 1935 verschickter Waren abgegeben, auch wenn sie von einem Zeugnis einer britischen Handelskammer begleitet sind, vorausgesetzt, daß sie auf Grund der deutschen Zollvorschriften als englische Waren anzusehen sind.

Jeder abgezweigte Betrag, der in einem bestimmten Monat für den im vorigen Absatz festgesetzten Zweck nicht verwendet worden ist, wird vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 auf den nächsten Monat für denselben Zweck vorgetragen oder, wenn er auch dann keine Verwendung findet, auf Verlangen der englischen Regierung zu einer anderen von Deutschland nach England geschuldeten Zahlung im Zahlungsvorteil verwendet, andernfalls steht er der Reichsbank zur freien Verfügung. Erweitert sich der abgezweigte Devisenbetrag in erheblichem Maße als unzureichend zur Bezahlung der nach Deutschland eingeführten englischen Waren, so behält sich die deutsche Regierung das Recht vor, nach Beschlehen mit der englischen Regierung, vorbehaltlich Artikel 5, die Erteilung von Devisenbeschränkungen vorübergehend einzuführen. Wird eine derartige Einschränkung verfügt, so findet sie nur mit Zustimmung der englischen Regierung auf die zu Beginn besonders aufgeführten Waren Anwendung, es sei denn, daß und soweit bei irgend einer dieser Warenkategorien die von England nach Deutschland eingeführte Menge die während des entsprechenden Zeitraumes der Jahre 1932 und 1933 eingeführte Durchschnittsmenge übersteigt. Unbeschadet dessen wird die deutsche Regierung unter allen Umständen Deviseneinsparungen für die volle Menge von englischer Kohle und englischen Rohn nach Deutschland ausstellen, die auf Grund des Notenwechsels vom 13. April 1933 zur Einfuhr nach Deutschland zugelassen ist.

Artikel 2: Die deutsche Regierung wird bei der Zuteilung von Devisen zum Kauf von Rohstoffen und Lebensmitteln, die Deutschland im Wege des Zwischenhandels über England oder unmittelbar von den britischen Kolonien zu beziehen pflegt, keine Maßnahmen treffen, um deren herkömmlichen Anteil an der Versorgung Deutschlands mit diesen Waren zu verringern.

Englische Befriedigung über den Abschluß

London, 2. Nov. Das deutsch-englische Handels- und Zahlungsabkommen wird von der Morgenpresse mit Befriedigung und Erleichterung begrüßt. Es wird erklärt, daß es beiden Ländern zum Vorteil gereichen werde. Zugleich wird aber darauf hingewiesen, daß es sich um einen Versuch handle, und daß noch nicht sicher sei, wie er sich bewähren werde. Allgemein herrscht Genugtuung darüber, daß es gelungen ist, die Einrichtung eines Clearing-Systems zu vermeiden.

Das Saargebiet zu den franz. Plänen

Saarbrücken, 2. Nov. Zu den Nachrichten von den französischen Truppenbewegungen an der Saargrenze und ihrer Bereithaltung zum Eingreifen im Saargebiet schreibt die „Saarbrücker Zeitung“: „Woher nimmt der Präsident die Beweise für angebliche deutsche „Putschversuche“? Nicht die auf die Rückkehr zum deutschen Mutterlande und deshalb auf einen reibungslosen Abstimmungsprozess eingestellte Saarbevölkerung denkt an Putschabsichten, die ja nur die Rückkehr zu nichte machen könnte, sondern jene durch nichts legitimierten Untersuchungsansprüche. Mit größter Entschiedenheit erhebt darum die deutsche Öffentlichkeit schärfsten Protest gegen die Störungsversuche und gegen die Unverantwortlichkeit der Befehlspläne.“

In der „Saarbrücker Landeszeitung“ heißt es: „Wollen die französischen Militärs um jeden Preis einen Hufschrittsmarsch im Saargebiet unternehmen? Und soll die Volksabstimmung am 13. Januar unter dem „Schutze“ der französischen Bajonette vor sich gehen? Die Saarbevölkerung ist kriegsmüde. Das hat sie in hohem Maße während der ganzen Zeit der Fremdherrschaft immer bewiesen. Also, von der treudeutschen Saarbevölkerung mit einem Putsch zu rechnen, daran zu glauben, kann nur denen überlassen bleiben, denen ein Putsch überhaupt einzig gelegen wäre: den Separatisten aller Sorten.“

Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

So schloß sich der Bauer eng zusammen und lernte die Gemohnheiten der Erde kennen und die Befehle, nach denen sie die Frucht wachsen ließ. Er lernte, dem Boden zu vertrauen und ihn zu lieben, aus dem seine eigene Kraft und die Sicherheit seiner Familie wuchs. Kameradschaft mit der Erde — sie schuf die Gemeinschaft der Menschen.

Und es ist gut, daß auch die Menschen der Stadt nun wieder diese lebendigen und wirkenden Kräfte der Heimat Erde spüren und sich ihnen willig in unbedingter Kameradschaft hingeben.

Ihr alle, Kameraden, die ihr hier draußen nun seit langem arbeitet, habt — das weiß ich bestimmt — schon die Kraft dieser Erde in euch selbst, in euren Muskeln und in eurer Seele wirken geföhlt. Und wenn ihr das Wissen um reife Felder, satte Wiesen und Weiden, um einen reinen Himmel, um frohe, arbeitsreiche Dörfer mit euch traget, ihr werdet vom Schweiß des Bauern, von seiner Sorge seinem Fleiß, seinem ganzen Leben wissen, und ihr werdet diese Zeit hier draußen nie vergessen können.

Denn dies ist, was wir alle wünschen: Daß Stadt und Land in Zukunft mit immer lebendigen Fäden miteinander verbunden bleiben und einer den andern ehrt und ihm beisteht. Denn es ist die gleiche Erde, die euch alle geboren hat und ernährt, es ist das gleiche Vaterland, für das ihr — jeder an seiner Stelle — euern Schweiß vergießt und, wenn es nötig ist, auch euer Blut!

Daran denkt, wohin auch immer das Schicksal euch später stellt!“

Und nun ist es so weit, daß die Aecker abgeerntet werden. Milde steht die Sonne über der lahl werdenden Welt, Herbstfäden spinnen hier und da in der Luft. Ahnung vom kommenden Winter zieht über das Land. Die letzten Wagen

Die „Deutsche Front“ schreibt: „Man droht mit einem Einmarsch im Saargebiet, weil man weiß, daß Deutschland niemals dagegen marschieren kann, und weil Deutschland noch immer die Zielscheibe des internationalen Hasses ist. Man möchte marschieren und sucht einen Anhaltspunkt. Ein tatsächlicher Grund besteht nicht. An der Saar herrscht absolute Ruhe und Ordnung. Die Freiheit der geheimen Abstimmung ist tatsächlich garantiert. Sie könnte öffentlich sein, und sie würde nicht anders ausfallen wie sie am 13. Januar ausfallen wird: Für Deutschland! Und weil man das weiß, und weil das so ist, sucht man sie unter die Spitze der französischen Bajonette zu brücken, obwohl das das Abstimmungsergebnis nicht im geringsten beeinflussen könnte.“

„Paris Soir“ gegen die „Niköverständnisse“

Paris, 2. Nov. Der „Paris Soir“ spricht neuerdings von Niköverständnissen, die im Zusammenhang mit militärischen Vorbereitungen aufgetaucht seien, und erklärt, die Vorbereitungen des Kriegsministeriums seien rein technischer Art und ließen durchaus nicht darauf schließen, daß es die Absicht habe, im Saargebiet einzurücken. Es stände weder den militärischen Behörden noch der französischen Regierung zu, darüber zu beschließen. Außerdem habe Frankreich durchaus nicht den Wunsch, französische Soldaten ins Saargebiet zu schicken, sondern wäre glücklich, wenn die internationale Polizei, die ausreißend zu verhalten sei, ihrer Aufgabe genügen würde. Frankreich würde ins Saargebiet nur dann Verstärkungen senden, wenn darum in klarer und formeller Weise nachgefragt würde, und wenn der Völkerrundrat seine Instruktionen von 1925 und 1926 wiederhole. Frankreich würde sich an andere Mächte wenden, um nicht allein die Verantwortung übernehmen zu müssen und hoffe dann auf Mitarbeit, die den internationalen Charakter dieses Schrittes bestätigen würde.

England und die französische Saarpolitik

London, 2. Nov. „Times“ befaßt sich in einem offenbar inspirierten Artikel mit der Saarpolitik. Das Blatt stellt fest: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Abstimmung über die Zukunft des Saargebietes ist gegenwärtig im wesentlichen die eines Registrators. Großbritannien, das den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, wünscht, daß die Volksabstimmung sich unparteiisch vollzieht, ohne daß auf die Wähler durch Drohung oder unzulässige Beeinflussung irgend welcher Art Druck ausgeübt wird. Die englische Regierung ist überzeugt, daß der Völkerrundrat angemessene Vorsichtsmaßnahmen trifft, um dieses Ziel zu sichern. Der Völkerrundrat hat bereits einen Abstimmungsausschuß eingesetzt. Die Regierungskommission des Saargebietes ist vom Völkerrundrat ermächtigt worden, für die neutralen Länder zusätzliche Polizeikräfte anzunehmen, um die Wählerfreiheit gegen Störungen der Ordnung zu schützen. Am 21. November tritt der Völkerrundrat zu einer Sitzung zusammen. Dabei werden die letzten Vorkehrungen für die Abstimmung und andere Saarpolitikfragen zur Erörterung stehen, so z. B. die Fortsetzung der Pensionszahlungen nach Abschluß der Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerrundrat.

Die Politik der französischen Regierung geht hierüber hinaus. Sie hat die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Polizeikräfte, die dem Präsidenten der Saarregierungskommission zur Verfügung stehen, einer Verstärkung bedürfen. Die britische Regierung ist über die französische Ansicht vollkommen unterrichtet. Die Vertreter Großbritanniens sind von Barthou informiert worden. Das trifft besonders für den Herbst dieses Jahres, wo der französische Staatsmann in Genf erklärte, seine Regierung sei bereit, wenn sie vom Völkerrundrat ausgedrängt werde, Truppen in das Saargebiet zu entsenden, die der britischen Polizei beihilflieh sein sollten, die Freiheit der Volksabstimmung gegen jede Beeinträchtigung zu sichern und jeder ernsten Ruhestörung vorzubeugen.

Die Vorsichtsmaßnahmen, die von der französischen Regierung später noch ergriffen worden sind, um den etwaigen Ausbruch ernster Unruhen im Saargebiet gegebenenfalls begehren zu können, wurden der englischen Regierung gleichfalls mitgeteilt. Wie verlautet, hat der französische Botschafter Sir John Simon dieser Tage bei einer Besprechung davon in Kenntnis gesetzt.

Die britische Regierung betrachtet zwar die Haltung Frankreichs als „durchaus angemessen“. Indessen bezieht sie nach Auffassung der britischen Regierung seine Wahrscheinlichkeit dafür, daß der von der französischen Regierung beabsichtigte Fall eintritt, es sei denn, daß die Parteien im Saargebiet jedes Ver-

antwortungsgefühl verlieren. Großbritannien beabsichtige daher nicht, in dieser Angelegenheit vorzeitig irgend welche besonderen Schritte zu tun.

Französische Motortruppen bereit

London, 2. Nov. Der Reutervertreter in Paris hat zur Saarfrage von „sehr maßgebender Seite“ folgende Erklärung erhalten: Die französischen Motortruppen sind jenseits der Grenze des Saargebietes in Bereitschaft; sie können augenblicklich in das Gebiet einrücken, falls der Vorliegende der Saarregierungskommission einen telephonischen S.D.E.-Kurz sendet, wenn die lokale Gendarmerie der Lage nicht mehr gewachsen sein sollte. „Schnelligkeit würde ein entscheidender Faktor sein.“ Einige tausend Mann, die auf Kraftwagen ins Saargebiet geworfen würden, könnten unter Umständen im Laufe einer einzigen Nacht Herr der Lage werden.

Wie der Reutervertreter dazu weiter meldet, sei hervorgehoben worden, Frankreich hoffe lebhaft, daß ein solches Vorgehen nicht erforderlich sein würde. Frankreich glaube, daß schon eine rechtzeitig geäußerte „Warnung in diesem Sinne“ ihre Wirkung tun werde. Der Völkerrundrat habe bestimmt, daß im Notfall die Regierungskommission „Truppen, die außerhalb des Gebietes stehen“, zu Hilfe rufen könne. Dies könne sich natürlich auch auf belgische oder sogar britische Truppen beziehen. Ihre Beteiligung würde allerdings infolge des Zeitfaktors nur geringfügig sein können. Von französischer Seite werde noch auf zwei Gesichtspunkte besonders hingewiesen: Erstens würde die Entsendung einer beschränkten Truppenzahl nur auf Grund des Beschlusses des Völkerrundrates von 1926 erfolgen; keineswegs würde sie bezwecken, die Stimmgabe zu beeinflussen. Zweitens würde eine etwaige Besetzung nur vorübergehenden Charakter haben. Sobald die Ordnung wieder hergestellt sei, würden die Truppen wieder zurückgezogen werden.

An diesen französischen Erklärungen ist bemerkenswert, daß die zuständigen französischen Stellen auch heute noch glauben, an der Berufung auf die Beschlüsse des Völkerrundrates von 1925/26 festhalten zu können. Demgegenüber sei noch einmal die tatsächliche Lage festgestellt: Die Ratsbeschlüsse von 1925 und 1926 gingen ihrerseits von dem Grundgedanken aus, daß es völlig unerträglich sei, ein Abstimmungsgebiet längere Zeit hindurch von den Truppen einer am Ergebnis der Abstimmung interessierten Macht besetzt zu lassen. Deshalb regelten sie die Zurückziehung der — damals noch vertragswidrig — im Saargebiet stehenden französischen Truppen. Da das linke Rheinufer in jenem Jahr noch besetzt war — es wurde bekanntlich erst 1930 vollständig geräumt — handelte es sich damals um die rein französische Frage der Sicherung der durch das Saargebiet führenden Eisenbahnlinie der Besatzungstruppen. Die Besetzung hat aufgehört, und auch der sogenannte Bahnschutz im Saargebiet ist dadurch hinfällig geworden und mit ihr verschwunden. Damit ist das Kapitel der Ratsbeschlüsse von 1925 bis 1926 endgültig abgeschlossen.

Bereidigung der Reichsstatthalter auf den Führer

Berlin, 2. Nov. Die Reichsstatthalter wurden am Donnerstag nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler vereidigt. Sämtliche Reichsstatthalter waren bei der Vereidigung anwesend. Die Reichsstatthalter leisteten den gleichen Eid wie die Reichsminister.

Im Anschluß an die Vereidigung sprach der Führer über die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Unter dem Vorbehalt des Reichsministers Dr. Brüning fand dann eine eingehende Aussprache über die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik statt, an der sich auch der preußische Ministerpräsident Göring und der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, beteiligten. Staatssekretär Bode vom Reichsernährungsministerium gab zu den verschiedenen Fragen, die von den Reichsstatthaltern vorgebracht wurden, die gewünschten Aufklärungen.

Entspannung der kirchlichen Lage

Berlin, 2. Nov. Kirchenamtlich wird mitgeteilt: In Weiterführung der Maßnahmen zur Klärung der kirchlichen Lage hat der Reichsbischof besondere Anordnungen getroffen. Vor allem sollen die unstrittigen Punkte in der Rechtslage der Deutschen

fahren von den Feldern ins Dorf, mit Blumengewinden geschmückt.

Und morgen ist Erntezug! Ist Dankfest! Ein Tag ist frei für die Freude am gelungenen Werk.

Die ADW. haben schon lange auf diesen Tag gewartet. Natürlich haben die meisten Urlaub beantragt und er wird ihnen allen auch bewilligt. Das wird wieder mal ein fidelel Tag im Krug von Dräger und in den anderen Lokalen werden!

Krause ist ganz aus dem Häuschen. Er ist immer aus dem Häuschen, wenn es heißt, mit Mieke zusammensetzen. Es geht sogar schon ein Bers über ihn im Lager um, den ein Witzbold verbrochen hat. Er lautet:

„Der Krause ist ein toller Kater,
Ist über'n Jappen hauen tat er,
Doch wenn er bei der Mieke ist,
Er zahm aus ihren Pfötchen frist!“

Und Krause ist stolz auf diesen Bers!
Ja, die Freude auf den Erntedanktag ist also überall groß — auch im Mädchentaler. Viele von den Mädels werden bald danach von hier verschwinden, aber daß sie diesen Tag noch miterleben können, macht ihnen den Abschied leichter.

Am frühen Morgen schon ist das ganze Dorf geschmückt. Girlanden, Blumensträuße, Buketts aus den Früchten der Erde und der Obstbäume zieren die Gartenzäune, Torwege und Türen. Fahnen hängen zu den Fenstern heraus und wehen im frischen Wind. Eine strahlende Sonne steht wie ein Segen über dem ganzen Land.

Am Vormittag ist Gottesdienst in der Kirche, dessen Altar und bunte Fenster mit bänderdurchflochtenen Erntekränzen fröhlich und farbig verzert sind. Weit offen steht die Tür, da die Kirche nicht die Menge der Zuhörer faßt — sie stehen bis hinaus auf den Dorfplatz, an dessen hohen Bäumen ebenfalls Erntekränze hängen. Die ADW — die jungen Burschen und die Mädchen — sind fast vollzählig da. Es ist eine weichevolle Stunde.

Am Nachmittag ist dann das ganze Dorf angefüllt vom Festtrubel. Auf den Wiesen neben dem Arbeitslager zeigen

die Sportvereine ihr Können, die ADW. glänzen mit ihren turnerischen Leistungen und vor allem natürlich Feinzig.

Danach findet der große Erntezug statt — ein Gaudium für die Kinder — die oben auf den blumengeschmückten Wagen sitzen in allerhand pudigen Verkleidungen, während Männer und Frauen in Arbeitskleidung die Pferde lenken, eine übermannsgroße Strohpinne, aus deren Kopf Getreidhalme sprießen, im Wagenzug daherschwankt und eine Musikkapelle mit tschingbum und trara voranzieht, daß es nur so durch das Bruch schallt.

Nach langem Umzug durch die Wiesen und kahlen Felder endet der Zug auf dem Dorfplatz, wo der Ortschulze und die ganze Gemeindevertretung in Gala schon warten. Ein kleines Möbel springt vom ersten Wagen, den großen, mächtigen Erntekranz in der Hand, der viel größer ist als sie selbst und der eben durch die Felder als dankbarer Gruß gefahren wurde, um ihn nun dem Schulzen feierlich zu übergeben; der Kranz soll nachher das Gemeindehaus schmücken.

Die Kleine spricht den Dankvers und muksmäuschenstill ist es ringsum. Nur die Vögel jubelieren in den Linden.

„Guten Tag, ihr Herrschaften, hoch und sein Mögen Gott und die Engel bei euch sein!
Ich bringe euch viel Glück ins Haus,
Alles Unglück wehr' ich zur Tür hinaus
Dem Himmel sei Dank und Preis,
Der gnädig die Ernte erhalten,
Gepriesen sei sein Walten!“

Tisch der Kapelle! Beifallsstürmen! Das erste Tänzchen unter den alten Linden beginnt. Die ersten Gäste bevölkern Drägers Dorfkrug und die andern Gasthöfe. Am Abend wird keine Stednadel zu Boden fallen können!

Und der Abend wird vergnügt! Die ADW. haben sich mächtig fein gemacht und geben zuerst in das Drägersche Lokal. Die Musik dröhnt nur so im Saal, die qualmenden Pfeifen der Landleute haben ihn mit stickigem Rauch angefüllt, aber das macht nichts. Das Bier ist süßig — Mädels sind in Menge da — urfidell ist die Stimmung.

(Fortsetzung folgt.)



Evangelische Kirche einschließlich der Disziplinarsachen sofort überprüft werden. Mit maßgebenden Reichsstellen ist Verbindung aufgenommen. Ziel dieser Maßnahmen ist, eine einwandfreie Rechtslage in der Deutschen Evangelischen Kirche unter allen Umständen sicherzustellen. Ferner ist vorgesehen, den Bekennnisstand der Reichskirche eindeutig zu ordnen. Mit dem Erlaß einer Kirchengemeindeordnung, welche die Grundlage für eine Besiedlung der Kirche von den Gemeinden aus schaffen soll, wird gleichfalls in kürzester Frist zu rechnen sein. Es ist der Wille der Reichsregierung, durch die rasche Erledigung dieser Maßnahmen eine Entspannung der Lage herbeizuführen.

Beginn des großen Rundfunkprozesses gegen „Magnus und Genossen“

Berlin, 2. Nov. Am Montag kommenden Woche beginnt in Berlin der große Rundfunkprozeß, der unter dem Rubrum „Magnus und Genossen“ läuft. Es ist unter dem 16. Juni 1934 Anklage erhoben worden gegen folgende Personen:

1. Den früheren Rechtsanwalt Dr. Kurt Magnus, der sich seit dem 17. September 1933 in Untersuchungshaft befindet; 2. den Staatssekretär a. D. und früheren Reichs Rundfunkkommissar Dr. Hans Bredow, der sich gleichfalls in Untersuchungshaft befindet; 3. den früheren Rundfunkintendanten Dr. med. Hans Flesch, der zunächst in Frankfurt a. M. und dann in Berlin Rundfunkintendant war; Flesch war bis 23. August d. Js. in Untersuchungshaft und ist gegen Sicherheitsleistung mit der weiteren Untersuchungshaft verschont worden; 4. den Rechtsanwalt und Notar Hans Otto, der zum Fall Nirag-Deipzig gehört; 5. Dr. Erwin Jaeger (Fall Leipzig); 6. den Schriftsteller Ernst Hart (Fall Köln); 7. den Direktor Paul Korte (Fall Köln); 8. den Schriftsteller und Intendanten Fritz Bischoff, der zum Fall Breslau gehört; Bischoff ist amnestiert worden, weil eine höhere Strafe als sechs Monate bei ihm nicht zu erwarten war; 9. den Bankdirektor Emil Jurek, Fall Breslau und 10. den früheren Rechtsanwalt Dr. Dr. Erich Frey, der sich zur Zeit im Ausland befindet und dem in diesem Zusammenhang Parteiverrat an dem Schriftsteller Scharnke zur Last gelegt wird.

Bei diesem ganzen Prozeß ist wesentlich, daß die örtlichen Sendegesellschaften seinerzeit als reine Privatgesellschaften gegründet wurden. Die erste deutsche Sendegesellschaft war die Funkstunde AG, die am 29. Oktober 1923 ihren Betrieb aufnahm. Es folgten dann die anderen Gesellschaften. Am 15. Mai 1925 wurden diese örtlichen Sendegesellschaften in Deutschland in einer einheitlichen Dachgesellschaft, nämlich der Reichs Rundfunkgesellschaft, zusammengefaßt, deren Geschäftsführer Dr. Kurt Magnus und der frühere (Richt-)Angestellte Ministerialrat Giesecke waren. Die Einföhrnahme des Reiches auf die deutschen Sender ging im Jahre 1926 dadurch einen Schritt weiter, daß im Juni dieses Jahres der Rundfunkkommissar des Reichspostministeriums, Dr. Bredow, in sein Amt eingeföhrt wurde.

Dieser Rundfunkprozeß ist durch den Selbstmord des Geschäftsführers der Funkdienst GmbH, Knöpffe, im September 1933 ins Rollen gekommen. Bei einer Hausdurchsuchung bei der Reichs Rundfunkgesellschaft wurden Quittungen von Knöpffe vorgefunden, aus denen hervorgeht, daß er in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Funkdienst GmbH laufende Zahlungen von insgesamt 200 000 RM, als Bestimmungsgelder der Firma Preuß (die die Funkstunde druckte), erhalten hat. Im Verlauf der Untersuchung fiel auf, daß sich der Angeklagte Staatssekretär a. D. Bredow sehr für seinen Freund Knöpffe eingesetzt hatte. Die persönlichen Beziehungen, die sich hier angebahnt hatten, machten überhaupt erst den ganzen Korruptionsskandal möglich. Der Prozeß ist deswegen so groß geworden, weil man die beiden Geschäftsführer der Reichs Rundfunkgesellschaft und den Reichs Rundfunkkommissar gleichzeitig in die Ausschüsse jeder einzelnen Gesellschaft hineinsteckte, womit man anscheinend glaubte, den Interessen des Reiches und der Rundfunkführer am besten dienen zu können.

Die Staatsanwaltschaft kommt bei der Anklageerhebung zu dem Schluß, daß in der Hauptsache für die Verfehlungen bei den Sendegesellschaften außerhalb Berlins Magnus und Bredow strafrechtlich verantwortlich sind.

Bei dem Prozeß hatte man ursprünglich mit einer Dauer von sechs Monaten gerechnet. Um diese phantastische Zeit abzukürzen, ist ein Teilkomplex, und zwar der sog. Fall Knöpffe mit dem Hauptangeklagten Knöpffe, dem Geschäftsführer der Firma Preuß, abgetrennt worden.

Keine Beschränkungen für den Verkauf von Kartoffeln

Berlin, 2. Nov. Dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sind Nachrichten darüber zugegangen, daß gewisse Zweifel darüber bestehen, was auf Grund der vom Reichsnährstand erlassenen Vorschriften beim Verkauf von Kartoffeln rechtens ist. Es wird deshalb ausdrücklich das folgende bekanntgegeben:

1. Es gelten keinerlei Beschränkungen für den Verkauf von Kartoffeln vom Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher.
2. Der Erzeuger von Kartoffeln ist beim Verkauf an den Verbraucher nicht gehalten, zu seinem Erzeugermindepreis Handelszuschläge zu erheben, da ihm ja auch nicht die Aufwendungen erwachsen, die der Handel zu tragen hat.

Im Interesse der Verbraucher von Speisekartoffeln werden binnen kürzester Frist Verbraucherhöchstpreise festgesetzt werden, die die Verladefosten, die entstehende Frucht, die Kosten für Lagerung und sonstige Aufwendungen des Handels enthalten werden.

Fremdenverkehr im September

Berlin, 2. Nov. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamts hat die gúnstige Entwicklung des Fremdenverkehrs auch im September angehalten. In 247 wichtigeren Fremdenverkehrsstellen des Deutschen Reiches waren gegenüber dem September 1933 die Fremdenmeldungen um 26 v. H. auf 1,30 Millionen und die Fremdenübernachtungen um 32 v. H. auf 4,33 Millionen gestiegen, darunter für Auslandsfremde um 63 und 60 v. H. Im ganzen Sommerhalbjahr (April bis September) 1934 haben die Fremdenmeldungen in 227 Berichtsorten, von denen Bergleischzahlen für beide Sommerhalbjahre vorliegen, um über ein Fünftel (20,8 v. H.) auf 7,35 Millionen und die Fremdenübernachtungen in 207 Berichtsorten um rund ein Viertel (25,2 v. H.) auf 26,75 Millionen zugenommen. Der in diesen Zahlen mit enthaltene Fremdenverkehr aus dem Ausland weist gegenüber dem Sommerhalbjahr 1933 sogar eine Steigerung um mehr als die Hälfte auf. In den Bädern und Kurorten hat der Fremdenverkehr auch infolge des außerordentlich gúnstigen Wetters gegenüber dem Sommerhalbjahr 1933 um rund ein Drittel zugenommen.

Neuordnung in der Seeschifffahrt

Berlin, 1. Nov. Die Wirtschaftskrise hat die Seeschifffahrt aus einem blühenden in ein notleidendes Gewerbe umgewandelt. Zusammenbrüche, Verluste, einschneidende Wirkungen auf ihre Struktur sind die Folgen. Die leitenden und verantwortlichen

Persönlichkeiten der deutschen Seeschifffahrt haben in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium Vorschläge auf organisatorischem Gebiet vorgenommen, die den Zweck verfolgen, die Kräfte zusammenzufassen, verlässlichere Reiskontingente auszuhalten, die Reederpersönlichkeit anstelle überföhreter Konzernbildung in den Vordergrund zu rücken und damit die Verbindungen enger zu gestalten, die nach außen mit der Rundschaft und nach innen mit der Geiselligkeit bestehen müssen.

Kündigung des deutsch-niederländischen Clearingvertrages

Berlin, 2. Nov. Die niederländische Regierung hat den Vertrag über den deutsch-niederländischen Clearingverkehr vom 21. September 1934 gekündigt. Der Vertrag tritt mit Ablauf des 18. November außer Kraft. Bis zum Tage des Austritts ist der Clearingverkehr in der bisherigen Weise mit der Maßnahme, daß auf deutscher Seite Devisenbescheinigungen bis zur Hälfte der für den ganzen Monat November vorgesehenen Beträge erteilt werden.

Wie wir hierzu erfahren, stüßt sich die niederländische Regierung bei ihrer Kündigung auf eine bei Unterzeichnung des Vertrages getroffene Vereinbarung, wonach die Kündigung möglich ist, wenn dem Interesse des niederländischen Zwischenhandels nicht in gebührender Weise Rechnung getragen wird. Bekanntlich sind die deutschen Rohstoffimporteure infolge der geringen Zuteilung von Bardevisen mehr und mehr dazu übergegangen, die Einfuhr von Rohstoffen immer durch Tausch-Verrechnungsgeschäfte vorzunehmen. Die niederländische Regierung vertritt nun den Standpunkt, daß hierdurch die Interessen des niederländischen Zwischenhandels eine Schädigung erfahren und verlangt, daß für den niederländischen Zwischenhandel in einem angemessenen Umfang Bardevisen zur Verfügung gestellt werden. Dies lehnt die deutsche Regierung ab. Sie ist der Auffassung, daß der niederländische Zwischenhandel auf Grund der erwähnten Vereinbarung nur Gleichstellung mit dem übrigen Handel in einem angemessenen Umfang verlangen kann. In der Zurverfügungstellung von Bardevisen, da wo sie für den übrigen Handel verlagert werden, läge aber eine Bevorzugung des niederländischen Zwischenhandels.

Telegrammwechsel zwischen dem Führer und dem Thorner Heimatbund

Berlin, 2. Nov. Anlässlich des Besuchs deutscher Volksgenossen in Thorn aus Polen hat der Thorner Heimatbund folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet: „Thorner Heimatbund bewillkommnet heute in den Elshorn-Sälen mehrere hundert deutsche Volksgenossen aus den ehemals deutschen Gebieten Polens. Nach jahrelanger Abgeschlossenheit sehen diese Brüder und Schwestern zum erstenmal das neue Deutschland und grüßen es in Ekstase. Herzlich dankt der Thorner Heimatbund dem Führer und Reichskanzler für die Beförderung der Beziehungen zwischen den Nachbarvölkern. Mehr als 1000 Teilnehmer am Begrüßungsabend senden dem Führer in Berehrung und Liebe ihre Grüße und erneuern ihr Gelöbniß der Treue.“

Der Führer und Reichskanzler hat hierauf folgendes Antworttelegramm gefandt:

Dem Thorner Heimatbund und seinen Gästen danke ich für ihr Telegramm und die Grüße, die ich herzlich erwidere. Ich freue mich über den Besuch der deutschen Landsleute aus Polen im neuen Deutschland und hoffe, daß sie nach ihrer Rückkehr zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern beitragen werden.

gez. Adolf Hitler.

Ungarische Kritik an der französischen Saardrohung

Budapest, 2. Nov. Die Zusammenziehung französischer Truppen an der Saargrenze hat in hiesigen amtlichen Kreisen große Unruhe ausgedöhrt, die deutlich in der Presse zum Ausdruck kommt. Sämtliche Blätter bringen in großer Ausmaßung spaltenlange Berichte über die bedrohliche Lage im Saargebiet und die Gefahren eines französischen Einmarsches. Hierbei kommt, wenn auch nur andeutungsweise, zum Ausdruck, daß eine weitere Verschärfung des Saarkonflikts zu unübersichtlichen Folgen nicht nur in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern darüber hinaus für ganz Europa führen und leicht eine weitere Verschärfung der schweren Spannung in Südosteuropa hervorrufen könnte.

Fünfkirchener Bergarbeiterstreik das Werk kommunistischer Agenten

Budapest, 2. Nov. Wie die Budapesti Geheimpolizei nach längeren, äußerst schwierigen Nachforschungen festgestellt konnte, geht der seltsame Fünfkirchener Bergarbeiterstreik auf die Tätigkeit landfremder kommunistischer Agenten zurück. Bereits während des Streiks — Mitte Oktober — waren der Polizei Mitteilungen zugegangen, daß der Streik nicht allein aus rein wirtschaftlichen Gründen zurückzuführen sei, sondern das Werk von aus Moskau eingetroffenen kommunistischen Agenten sein würde und daß eine Ausdehnung des Streiks auf andere Industriezweige zu befürchten sei. Die Polizei entsandte darauf in das Fünfkirchener Gebiet 22 Geheimpolizisten, die im Verkehr mit den Bergarbeitern festgestellt, daß einige Tage vor Ausbruch des Streiks mehrere unbekannte Personen in Fünfkirchen auftauchten und kurz vor Ausbruch des Streiks wieder verschwanden.

Ende dieser Woche gelang es der Polizei, in einem Budapesti Wirtshaus drei Personen zu verhaften. Es handelt sich um drei wegen schwerer Verbrechen in verschiedenen Staaten mehrfach vorbestrafte kommunistische Arbeiter, die vor einiger Zeit auf dem Austauschwege von Ungarn nach Moskau zurückgefandt worden waren. In dem polizeilichen Verhör gaben zwei der verhafteten kommunistischen Agenten an, daß sie von Moskau nach Ungarn zur Organisierung des Bergarbeiterstreiks zurückgefandt worden seien. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß die drei Agenten sich vier Wochen lang in Ungarn unter falschem Namen aufgehalten hatten und ihre Wohnungen sortlaufend gewechselt hatten. Von den drei Agenten gaben zwei im Verhör an, daß sie zur Unterstützung des Anführers der Gruppe, eines gewissen Otto Hoffmann, von Moskau nach Ungarn entsandt worden seien. Sie behaupteten jedoch, über die eigentlichen Pläne der ganzen Aktion nicht unterrichtet gewesen zu sein. Der Anführer Hoffmann, der gleichzeitig verhaftet worden ist, leugnete im Verhör jede Beteiligung am Bergarbeiterstreik ab. Mitten im Verhör war er sich plötzlich mit einem Schlag durch das geschlossene Fenster auf die Straße, wo er mit einem Schüßelbruch und zerstückelten Gliedern aufgefunden wurde. Kurz nach seiner Entlieferung ins Gefängnis hospital erlag Hoffmann seinen schweren Verletzungen. Auf Grund des Verhörs der drei Moskauer Agenten sind von der Polizei elf weitere Personen verhaftet worden.

Gewinne der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeindevahlen

London, 2. Nov. Die Gemeindevahlen, die am Donnerstag in 28 Londoner Wahlbezirken zur Erneuerung von Gemeinderäten sowie in über 300 Wahlbezirken in England und Wales zur Erneuerung eines Drittels der Gemeinderäte abgehalten wurden, führten zu erheblichen Gewinnen der Arbeiterpartei. Jedoch sind, wie Reuters berichtet, diese Gewinne bisher nicht ausreichend, um eine Aenderung der Mehrheitsverhältnisse in zahlreichen Gemeinderäten herbeizuföhren. Aus 60 Wahlbezirken erhielt die Arbeiterpartei einen Reingewinn von 104 Sitzen, während sich der Verlust der Konservativen auf 67 Sitze, der Liberalen auf 16 und der Unabhängigen auf 21 Sitze beläuft.

Gründung einer „Mandschukuo Oil Company“

Tschangshan, 2. Nov. Amlich wird mitgeteilt, daß die mandchurische Regierung eine Verordnung unterzeichnet hat, nach der eine neue Erdölgesellschaft unter dem Namen „Mandschukuo Oil Company“ mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Yen gegründet wird. Davon gehört ein Aktienpaket in Höhe von einer Million Yen der mandchurischen Regierung, 2 Millionen Yen Aktien der Verwaltung der südmandchurischen Bahn, während die restlichen 2 Millionen Yen von den Gesellschaften Nishon-Selju und Koluta-Oil übernommen werden. Die beiden letztgenannten Gesellschaften stehen den japanischen Großkonzernen Mizui und Mizuyosi sehr nahe.

Max Braun in der Schweiz unerwünscht

Bern, 2. Nov. Der Schweizerische Bundesrat ist nicht nur von der Haltung des Staatspräsidenten Nicole bei den Vorträgen des Saatseparatisten Max Braun abgerückt, sondern er ist am Freitag, wie man hört, noch einen Schritt weiter gegangen und hat jegliches weitere Auftreten Max Brauns in der Schweiz verboten.

Kranzniederlegungen am Grabe Bianettas

Wien, 2. Nov. Wie die „Reichspost“ mitteilt, wurden am Grabe des hingerichteten ehemaligen Wehrmannes Otto Bianetta aus Anlaß des Allerheiligentages Kranze niedergelegt, deren Schleifen Inschriften mit politischen Anspielungen trugen. Bianetta war bekanntlich der Mann, der die irdischen Schlässe auf den Bundeskanzler Dollfuß abgebegeben hat. Die Polizei hat einige Personen, die Kranze niedergelegt, verhaftet.

Ehrung der gefallenen deutschen Krieger

Paris, 2. Nov. Die in Frankreich lebenden Deutschen haben an den Tagen Allerheiligen und Allerheelen wie alljährlich den Gräbern der fern der Heimat ruhenden deutschen Krieger einen andachtsvollen Besuch abgestattet. Auf dem Pariser Friedhof kamen unter Führung des deutschen Botschafters Küster die hiesigen Deutschen am Freitag vormittag zu einer schlichten Feier zusammen, die durch die Ansprache des evangelischen Geistlichen eröffnet wurde und mit dem Schlußwort des katholischen Geistlichen ihr Ende fand. Der deutsche Botschafter hob die Bedeutung dieses jährlichen Ganges der Demut, des Dankes und der Hoffnung auf die deutschen Heldengräber hervor. Er dankte u. a. auch der französischen Regierung, die den deutschen Gefallenen die letzte Ruhestätte zur Verfügung gestellt und in voller Erkenntnis der Tatsache, daß der Tod alles vereine, die Möglichkeit für die Gedentfeiern gegeben habe.

Auf dem Friedhof von Bagneux bei Paris fand ebenfalls eine kurze Gedentfeier statt. Abbe Boulogne las in der dortigen Kirche für die auf dem Friedhof ruhenden deutschen Soldaten eine Totenmesse. In Vertretung des deutschen Militärattachés schmückte Hauptmann Speidel in Champany die Gräber der Gefallenen der württembergischen Regimenter mit einem Kranz. In Lyon brachten die dortigen Deutschen Kranz- und Blumen spenden an die Gräber der dort während des Krieges gestorbenen deutschen Gefangenen. In Marseille legte der deutsche Generalkonful Dr. Meyer-Kobhäuser an den deutschen Kriegergräbern auf dem Zentralfriedhof einen Kranz nieder.

Schwere Kerkerurteile in Oesterreich

Wien, 2. Nov. Am Donnerstag fanden wieder zahlreiche politische Prozesse statt. Vor dem Grazer Militärgericht standen vier Würdenträger der sozialistischen Stadt Radfersburg. Der Notar Dr. Julius Ortisegg wurde zu 12 Jahren schweren Kerkers, der Postamtsdirektor Richard Friedberg, der Zollamtsrat Friedrich Schiller und der Zollrentner Robert Deimel zu je drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Ferner wurde der Prozeß gegen drei ausländische aus Kärnten geföhrt. Der Maurergehilfe Gusefzig wurde zu 12 Jahren schweren Kerkers, der Tennistrainer Bacher zu fünf Jahren und der Bauernsohn Brunner zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt. Ferner wurde von dem Grazer Schöffengericht der Bundsabadhaffner Kern zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Sokales

Wildbad, 3. November 1934.

Der einzige Weg. Jahrhundertlang war die deutsche Einigkeit ein scheinbar unerreichbares Traumziel. Wir wissen, daß dieser alte Traum jetzt Wirklichkeit wurde und daß der Gestalter des deutschen Schicksals, Adolf Hitler, die Kraft fand, alle deutschen Menschen zu einem unter einer Fahne, unter einer Idee. Der Segen dieser Auffassung ist von jedem Deutschen in der kurzen Zeit der nationalsozialistischen Regierung empfunden worden. Immer dann, wenn große Aufgaben vor uns standen, war es die Kraft dieser Einigkeit, die diese Aufgaben meisterte. In dem Maße, in dem wir für unsere kommende Generation die sichtbaren Erfolge unseres geeinten Denkens und Handelns nachweisen können, wird unsere Zukunft gesichert sein. Wir haben keine Sorge, daß der kommende Winter für uns Deutsche eine Enttäuschung bedeuten könnte. Zu stark sind die Erfolge der Regierung im Bewußtsein jedes einzelnen verankert, als daß er sich den Pflichten entziehen könnte, die ihm sein gelunder Menschenverstand und keine Liebe zu unserem Führer vorschreibt. Deshalb wird der Winter beweisen müssen, daß überall die gleiche Opferbereitschaft herrscht, daß sie vorhanden ist in allen Kreisen der Bevölkerung, für die es keine trennenden Schranken mehr gibt. Für uns, die wir zu beweisen haben, was Liebe und Treue zu schaffen imstande sind, wird jede Opfermöglichkeit auch Opfereinsatz bedeuten. Wenn das Ausland heute vielfach noch abseits steht, so nur deshalb, weil es das große Wunder der deutschen Einigkeit immer noch nicht begreifen kann. Dieser Tatsache müssen wir uns bewußt sein, daß die Einigkeit der Kerngedanke und der Lebensinhalt unseres Volkes sein und bleiben muß. Darum kann kein Sammelruf verflungen, ohne daß nicht auch ein voller Erfolg erzielt würde. Die Sammlungen des Winterhilfswerkes am 4. November die-



ten die Gelegenheit, äußerlich kundzutun, daß die Selbsthilfe eines Volkes einen unbewingbaren Willen gegenüber allen Schwierigkeiten bedeutet, die die Zeit marxistischer Wirtschaft uns in so starkem Umfang als Erbe hinterlassen hat.

Das deutsche Buch

Wir stehen am Beginn der „Woche des deutschen Buches“. In dieser Zeit soll sich das deutsche Volk befehlen auf die Schätze des deutschen Geisteslebens. Die vergangenen Jahre brachten dem deutschen Büchermarkt eine Ueberflutung fremdländischer Literatur, noch mehr fast eine Ueberflutung mit artfremder Literatur, hinter der das deutsche Buch, die Geisteskräfte urdeutscher Dichter und Denker immer mehr zurücktraten. Heute sind die Schladen jener Zeit hinweggeräumt, der Blick ist wieder frei geworden für das, was uns Deutschen am Herzen liegt. Und der deutsche Mensch greift wieder zu den Büchern, die Menschen seiner eigenen Nation und Rasse schreiben. Da steigen Schätze ans Tageslicht, die lange Zeit im Dunkel lagen. Langsam und allmählich erst gelingt es dem deutschen Volke, sich all das deutsche Kulturgut zu eigen zu machen, das in unserem Volke ruht, langsam erkennen wir, was das deutsche Buch überhaupt ist: Schrifttum, das aus deutschem Wesen gewachsen ist. Der Spätherbst ist die rechte Zeit, um eine großzügige Werbung für das deutsche Buch zu veranstalten. Die Tage werden kürzer, und die langen Abende sind wie geschaffen dazu, zu Büchern zu greifen. „Am des Lichts gesell'ge Flamme jammeln sich die Hausbewohner“ — und gute Bücher helfen ihnen die Zeit der langen Abende nutzbringend auszufüllen. Die deutschen Dichter haben uns etwas zu sagen — sie sind jenseits des Sprachrohrs des ganzen Volkes. Sie bringen das in literarische Form, was in jedem einzelnen von uns an Wissen um deutsche Wesensart ruht. Deshalb werden auch immer die Dichter, die aus der Tiefe des deutschen Volkstums schöpfen, am besten verstanden werden. Die Klassiker kommen wieder zu Ehren. Die hohe Kultur der Sprache paßt uns heute genau so wie sie einmal die Zeitgenossen unserer großen deutschen Dichter begeisterte, unsere Jugend schöpft heute wie einst aus ihnen hohe Ideale und den Stolz auf die Größe deutschen Geisteslebens. Aber gerade auch in das moderne Schrifttum wollen wir uns vertiefen. Deutsche Dichter, die jahrelang heroisch gegen eine Welt artfremden Einflusses ankämpften, haben mehr denn je Anspruch darauf, endlich vom ganzen Volke erkannt und gewürdigt zu werden. Zu ihnen gehört mancher deutsche Heimatdichter, der die Sprache seines Landes spricht, von Kindheit an aufgewachsen unter deutschem Bauernum, verbunden mit deutschem Boden und deutscher Wesensart. Wir

greifen zum deutschen Buch und wir spüren es, daß gerade nach dem Erwachen der Nation sich das deutsche Schrifttum zu neuer Blüte entfaltet.

Fahrgelegenheit auf den Sommerberg

Ueber die Dauer der Stilllegung der Bergbahn wegen der Bauarbeiten am Bahnkörper, führen Mitglieder der Kraftposten-Vereinigung auf Bestellung Fahrten auf den Sommerberg aus. Anmeldungen am Schalter der Bergbahn.

Durchführung von Notstandsarbeiten

Der Präsident des Landesamtes Südwestdeutschland in Stuttgart richtete an die Vorsitzenden der Arbeitsämter einen Erlaß, in dem für die Durchführung von Notstandsarbeiten im Winter 1934/35 genaue Anweisungen gegeben werden. Es heißt darin, daß mit der Inangriffnahme neuer Notstandsarbeiten unverzüglich zu beginnen sei. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß wieder die Möglichkeit besteht, gemeindliche und private Forstarbeiten — allerdings nur bis Ende März 1935 — zu fördern. Die Grundförderung ist unter anderem in folgenden Fällen zugelassen:

- a) um Neuaufforstung oder Wiederaufforstung auf Flächen, die seit mindestens drei Jahren nicht aufgeforstet werden konnten;
- b) um Forstwegbauten, auch wenn sie nicht überwiegend außerforstlichen Zwecken dienen;
- c) um Aufforstungen, die durch außergewöhnliche Ereignisse (Schädlinge, Brand oder dergl.) erforderlich geworden sind;
- d) bei Forstkulturarbeiten, die zur Durchführung der Prüfung des Arbeitswillens von Frauen sich eignen.

Württemberg

Stuttgart, 2. Nov. („Deutsche Art in aller Welt“). Unter diesem Motto veranstaltet der Volksbund für das Deutschtum im Ausland unter Mitwirkung des Deutschen Auslands-Institutes am kommenden Dienstag, den 6. November, 20 Uhr, eine Volkskunstausführung. Die Aufführung findet unter Leitung der bekannten Siebenbürger Sängerin Frau Gina Connerth-Hermannstadt zu Gunsten der auslanddeutschen Winterhilfe statt. Sie zeigt in Lied und Tanz, Spiel, Reigen und gesprochenem Wort Volksleben wie es Brauch war in der ältesten Zeit bis in die Gegenwart hinein.

Winterhilfe des Herzoglichen Hauses. Das

Haus Württemberg hat wieder, wie im Vorjahre, dem Winterhilfswerk eine große Brennholzspende, und zwar 1200 Raummeter, zur Verfügung gestellt.

Eislingen, 2. Nov. (Handgemenge mit einem Schuldner.) Ein Geschäftsmann aus Zuffenhausen wollte dieser Tage bei einem hiesigen Schuldner einen alten Rechnungsbetrag einziehen. Darüber geriet letzterer derart in Aufregung, daß es zwischen beiden zu einem Handgemenge kam, in dessen Verlauf der Geschäftsmann den Kürzeren zog und fliehen mußte. Gegen den rabiaten Schuldner, der den Geschäftsmann auch verletzete, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Michelbach, Olt. Gaisdorf, 2. Nov. (Skalpiert.) Am Dienstag stürzte der bei Abbrucharbeiten in Michelbach (Wiltz) beschäftigte Bauarbeiter Georg Venz von Neuenbrekingen so unglücklich vom Gerüst, daß die Kopfhaut von hinten bis ans Ohr aufgerissen wurde und auf ziemlicher Breite sich ablöste. Der Schädel ist merkwürdigerweise nicht verletzt.

Balingen, 2. Nov. (Tödlicher Unfall.) Am Mittwoch fuhr der Landwirt und Metzger Johannes Schweizer von Erlaheim mit seinen Kindern aufs Feld zum Futtermolen. Für den Heimweg fertig, setzten sich die Kinder auf den beladenen Wagen. Plötzlich schaute das Pferd und ging durch. Durch einen Stoß an einen Stein fielen die Kinder vom Wagen, wobei das vierjährige Töchterchen Selga so unglücklich stürzte, daß kurz darauf der Tod des Kindes eintrat.

Göppingen, 2. Nov. (In ein Auto gelaufen.) Auf der Staatsstraße nach Eislingen bei der Pumpstation ist eine hiesige verheiratete Frau beim Ueberqueren der Straße in die Fahrbahn eines des Weges kommenden Personenkraftwagens gelaufen. Sie wurde zu Boden geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie ins Kreis Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Uhingen, Olt. Göppingen, 2. Nov. (Maulwurfsplage.) Auf den Feldern der Gemeinde Uhingen hat die Maulwurfsplage stark überhandgenommen. Besonders stark tritt die Maulwurfsgrille auf. Die Gemeinde ist deshalb im Verein mit der Ortsbauernschaft dazu übergegangen, das Abfangen der Schädlinge in die Wege zu leiten.

In einem Examen fragte der Berliner Physiker Peter Nieß einen Kandidaten: „Wie würden Sie mit einem kurzen Wort die Chemie definieren?“ „Die Chemie“, sagte dieser ohne Zögern, „ist der unreinliche Teil der Physik.“

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad 1. Schwarzwald (Zsh. Th. Gsch.) Nr. 9. 34. 790

Winterhilfswerk Wildbad.

Kartoffeln werden heute, Samstag nachmittag ab 2 Uhr am Bahnhof ausgegeben.

Hilfsbedürftige, die ihren Antrag noch nicht eingereicht haben, können nicht berücksichtigt werden. Beschleunigte Antragstellung ist notwendig, da in den nächsten Tagen weitere Kartoffeln eintreffen werden.

Jeder Empfänger hat einen Kostenanteil von 30 S je Zentner bei der Abholung zu bezahlen.

Bibelausstellung im Gemeindefaal

(altes Rathaus)

Geöffnet Sonntag den 4. November von 11—12.30 Uhr und von 2—6 Uhr. Eintritt frei. Freiwillige Gaben zur Deckung der Unkosten werden gern angenommen.

Trinken Sie

eine der 4 Sorten des bekannten heilkräftigen, wohlschmeckenden

Rhöner Gebirgskräuter-Tees

- Nr. 1 gegen Sichte, Rheumatismus, Ischias, Hegenfuß, Arterienverfaltung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.
- Nr. 2 gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschwollene Beine, Wasser sucht, Fettleibigkeit usw.
- Nr. 3 gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden usw.
- Nr. 4 zur Blutreinigung und -verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Rhöner Gebirgskräutertee hat schon vielen geholfen und hilft auch Ihnen zu haben in Wildbad, Stadt-Apotheke.

Evangelischer Gottesdienst.

Reformationsfest, Sonntag den 4. November 1934.

9.45 Uhr Predigt (Text: Hebr. 4, 12 und 13; Lied: 11) Stadtpfarrer Dauber. Feier des hl. Abendmahls mit eingefügter Beichte. — 11.15 Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Dauber. 8 Uhr abends Liturgischer Gottesdienst mit Vortrag: „Die Bibel deutsch“.

Das Opfer ist für die württ. Bibelanstalt bestimmt. Die Bibelausstellung im Gemeindefaal (altes Rathaus) ist von 21 Uhr ab geöffnet.

In Sprollenhau.

9.45 Uhr Predigt, anschließend Christenlehre Stadtpfarrer Stein.

Donnerstag den 8. November 1934.

8 Uhr Abendgottesdienst in der Kirche.

Katholischer Gottesdienst.

24. Sonntag nach Pfingsten den 4. November 1934.

7.15 Uhr Frühmesse, 9.15 Uhr Predigt und Amt Abends 5.30 Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: 7.15 Uhr hl. Messe, Freitag 7.30 Uhr hl. Messe Donnerstag keine hl. Messe. Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunion: Sonn- und Werktags vor und während der hl. Messe und des Amtes, Donnerstag 6.30 Uhr.

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein Inserat

Gasthaus zum Anker
Heute und morgen
Mezelsuppe
wozu freundl. einladet Paul Saug.

„Union“-Briketts auf jeden Rost,

Das ist die beste Ofenkost!

Als lang-jähriger **Haarspezialist** gibt unser Herr Schneider am **Mittwoch** den **7. November** von 10—7 Uhr bei unserer Niederlage

Bernh. Strieder, Turnstr. 8
beim Pforzheimer Anzeiger in Pforzheim allen, die irgendwelche Haarwuchsstörung beobachten, sei es zu starker Haarausfall, Schuppen, Juckreiz, Platten, oder auch frühzeitiges Ergrauen genaueste Weisung, was zu machen ist, um zu einem gesunden Haarwuchs zu kommen. Die mikroskopische Haaruntersuchung kostet R.M. 1.—. Haben Sie Vertrauen, wir retten auch ihre Haare.

Gg. Schneider & Sohn, I. Württ. Haarbehandlungs-Institut, Stuttgart und Karlsruhe.

Zu billigen Tagespreisen empfehle ich:
Prima Sauerkraut Zwiebeln
Kohlenohl Gelbe Rüben
Spinat Meerrettich
Kohlrabi Kartoffeln
Weißkraut Eier
Wirsing Tafelbutter
sowie Tafeltrauben Bananen
Feigen Nüsse
Zitronen Äpfel
sowie sämtliche Waschartikel

Berta Neumann
König-Str. 47

Zerrissene Strümpfe
werden bei mir zu jedem Schuh tragbar für 70 Pfg. angefügt, auch werd. Maschinen aufgefong. und alle Strümpfe angestrich.
Handarbeiten, Wollwaren
Fr. Großmann, Wilhelm-Str. 47.

Wohnung Pfaff
2 Zimmer, Kammer und Küche per 1. Dez. zu vermieten
Wilhelmstr. 23.

Gegen Kasse kaufe
Kriegsanleihe
Grasser, Fellbach
Lindenstr. 28.

Metall-Betten
Stahlmatt., Kinderbetten, Schlafzimmer, Chaiselongues anPrivate, Ratenzahlung. Katalog 2168 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

EMAILLESCHILDER
MESSINGSCHILDER
STEMPEL
KISSEN

Stempel aller Art
liefert
Buchdruckerei Wildbader Tagblatt
Fernruf 479

Opfert für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes

Kauft die **WHW-Aster**
am 4. November
Feder Pfennig hilft!

Sämtliche Geschäfts- u. Familiendrucksachen
liefert schnell und preiswert die Druckerei Wildbader Tagblatt.